

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Befensbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die breitgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 A für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 27. März 1915.

688 Zahlstellen haben die Karte Nr. 6 für den 27. März eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 58 287. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 27. März 26 166 oder 45,15 pZt. zum Militär eingezogen.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 27 071 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 8,67 pZt., krank 2,71 pZt. und in Arbeit standen 88,62 pZt.

Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Table with 8 columns: 1. Provinzen oder Bundesstaaten, 2. Zahlstellen, 3. Mitglieder, 4. zum Militär eingezogen, 5. arbeitslos, 6. in Arbeit, 7. krank, 8. Von den Arbeitslosen (Spalte 6) sind zur Arbeit nach auswärts bereit.

Seit dem 13. März (vergleiche das Resultat in Nr. 13 des „Zimmerer“) ist die Zahl der zum Militär Eingezogenen gestiegen von 25 894 auf 26 166 oder von 45,12 auf 45,15 pZt.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestand vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 763 Mitglieder) wurden durch die bisherigen Feststellungen erfasst (vergleiche die Resultate in den Nummern 5, 7, 9, 11 und 13 des „Zimmerer“) am

Table with 4 columns: Datum, Zahlstellen, Mitglieder, pZt. der Mitglieder.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 6. April, vor-mittags, noch nicht berichtet:

Ostpreußen: Angerburg, Arns, Goldap, Johannisburg, Labiau, Löken, Loh, Marggrabowa, Nikolaiten, Osterode, Pillkallen, Rastenburg, Sensburg, Soldau, Stallupönen, Tapiau.

Westpreußen: Deutsch-Eylau, Hammerstein. Brandenburg: Beelitz, Belgig, Birtenwerder, Cüstrin, Hermsdorf, Kremmen, Lübben-Steinkirchen, Lüthen, Mittenwalde, Nauen, Neuruppin, Oranienburg, Perleberg, Sorau.

Pommern: Fiddichow, Körlin, Lassan, Raugard. Posen: Kosten.

Schlesien: Frankenstein, Frezhan, Friedland, Glas, Gottesberg, Guhrau, Marklissa, Militisch, Nimpfisch, Oberjagbrunn, Dels, Ohlau, Sachwitz, Seidenberg, Strahlen, Trachenberg, Trebnitz.

Provinz Sachsen: Bad Sachsa, Calbe, Eisleben, Hettstedt, Liebenwerda, Neuhaldensleben, Nordgermersleben, Osterwied, Querfurt, Salzwedel, Seehausen (Altmark), Westerhausen.

Schleswig-Holstein: Brunsbüttel, Friedrichs-ort, Reinfeld, Tondern, Wesselburen.

Hannover: Alfeld, Aurich, Emden, Goslar, Hameln, Hann.-Münden, Osnabrück, Soltau.

Westfalen: Castrop, Herford, Herne, Lengerich, Wanne, Witten.

Rheinland: Aßbach, Barmen, Köln, München-Gladbach, Solingen, Trier.

Bayern: Altmittelsdorf, Amberg, Ansbach, Forchheim, Roth, Wasserburg.

Rheinpfalz: Erbesbach, Frankenthal, Kaiserslautern, Firmasens.

Königreich Sachsen: Borna, Brandis, Falkenstein, Großschönau, Lengenfeld, Treuen.

Württemberg: Freudenstadt, Ravensburg, Rosenbergl, Taillfingen.

Baden: Pforzheim, Philippsburg.

Mecklenburg-Schwerin: Dobersan, Grevesmühlen, Großwöden, Ludwigslust, Neustadt, Sternberg, Warnemünde.

Mecklenburg-Strelitz: Fürstenberg, Star-gard.

Oldenburg: Nordenham, Zimmendorferstrand.

Braunschweig: Bad Harzburg.

Sachsen-Meiningen: Camburg, Steinach.

Anhalt: Ballenstedt, Cöthen, Güstrow, Oranien-baum.

Schwarzburg-Rudolstadt: Meura.

Lippe-Deilmold: Salzuflen.

Elßaß-Lothringen: St. Ludwig, Straßburg.

Die Karte Nr. 5 für den 13. März ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 13 zusammengestellt war, noch aus 44 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 1914 Mitglieder nachweisen.

Das Endresultat für den 13. März stellt sich demnach wie folgt: 710 Zahlstellen haben die Karte Nr. 5 eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 55 721.

Seit dem 13. März (vergleiche das Resultat in Nr. 13 des „Zimmerer“) ist die Zahl der zum Militär Eingezogenen gestiegen von 25 894 auf 26 166 oder von 45,12 auf 45,15 pZt.

Endgültiges Resultat der Feststellungen bis zum 13. März 1915.

Table with 8 columns: 1. Termin der Feststellungen, 2. Zahlstellen, 3. Mitglieder, 4. zum Militär eingezogen, 5. arbeitslos, 6. in Arbeit, 7. krank, 8. Von den Arbeitslosen (Spalte 6) sind zur Arbeit nach auswärts bereit.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, den 10. April. An diesem Tage ist die Karte Nr. 7 auszufüllen und sofort einzusenden.

Festhalten an der Einigkeit!

e. Empfindungsarme und interesselose Menschen erregen sich nicht leicht. Sie gehen nicht ineinander auf, entzweien sich aber auch nicht. Sie laufen nebeneinander her ohne tiefere Zuneigung oder Abneigung.

Dieser Binsenwahrheiten muß man eingedenk sein, wenn man die neuerlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie beurteilen will. Die Heftigkeit, mit welcher da Angriff und Abwehr unternommen werden, mag in Einzelfällen auf persönliche Rechthaberei oder noch weniger angenehme Eigenschaften zurückzuführen sein.

Auch bei den gegenwärtigen Parteipreparanden läuft manche entbehrliche Schärfe mit unter, und mehr als einmal ist offen ausgesprochen worden, die Differenzen seien derart, daß auf eine Verständigung kaum noch gerechnet werden könne und daß wohl nichts weiter übrig bleiben werde als die Trennung.

Die Einheit der Partei besteht seit 1876, seit auf dem Gothaer Einigungskongreß die Eisenacher und die Lassalleaner ein gemeinsames Programm anerkannten.

bracht hat, dürfte von keinem praktischen Politiker empfohlen werden. Bei Neugestaltung der Partei, bei Durchsetzung neuer Richtlinien und gar bei Aufgabe der vierzigjährigen Einheit handle es sich nicht um die Anschauungen der im Vordergrund stehenden Abgeordneten, Journalisten, Parteisekretäre und Gewerkschaftsangehörigen, sondern das sei mehr als je ein Problem der Massen, deren Stimmung niemals schwerer zu beurteilen gewesen sei als gegenwärtig und deren Standpunkt heute durchaus noch nicht als festgelegt gelten könne, weil nicht alle Möglichkeiten des Krieges und noch weniger alle Möglichkeiten des Friedens und am allerwenigsten die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung unter den unbekanntesten Voraussetzungen eines kommenden Friedens voraussehen und abzuwägen seien. Braun geht dann auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein, die zwar wesensverschieden sind, aber doch ohne einander nicht bestehen können und beide für die Arbeiter gleiche Notwendigkeiten sind. In den Köpfen der Arbeiter bilden beide auch eine notwendige Einheit.

Als vor 1876 die Arbeiter zur Einheit in der Partei drängten, da waren es neben den allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung in ganz erheblichem Maße auch gewerkschaftliche Interessen, die auf die einen starken Druck ausübten, welche der Einheit widerstrebten. Vor allem fühlten sich die Gewerkschaften innerlich schwach und nach außen ohne Agitationskraft, weil auch sie gleich der Partei in Lassalleaner und Eisenacher gespalten waren. Bei dem mannigfachen Zusammenhängen zwischen Partei und Gewerkschaftsarbeit wäre ein Zersplitterung der Partei ein gar nicht auszudenkendes Verhängnis. Vom einzelnen Arbeiter und der Arbeiterin, die der Partei und der Gewerkschaft angehören, bis zu den Abgeordneten, die von der Partei in den Reichstag oder einen Landtag gesendet worden, gleichzeitig aber Vorsitzende oder Angestellte ihres gewerkschaftlichen Zentralverbandes sind, besteht die innigste Verflechtung der gewerkschaftlichen und politischen Personentriebe.

Das Interesse an der Einheit der Partei ist für diese selbst ebenso groß wie für die Geschlossenheit der Gewerkschaften. Es hieße, die Augen vor deutlichen Gefahren verschließen, wollte man annehmen, die mit den Hoffnungen, aber auch mit den Personen der politischen Organisation stark verknüpften Gewerkschaften müßten nicht stark erschüttert werden durch die tiefen persönlichen Entfremdungen, die eine Spaltung der Partei für sie im Befolge haben müßte.

Sicherlich bietet der Krieg viele wirtschaftliche Wahrscheinlichkeiten für eine kommende kräftige Zusammenschweißung solcher Gruppen, die sich heute in der Partei entfremdet gegenüberstehen. Andererseits versuchen aber auch Uebereifrige, momentane Stimmungen und Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse als dauernde Richtlinien festzuhalten. Je unklarer das Ende des Krieges und die Wirtschaftsgestaltung im kommenden Frieden ist, desto schwerer lassen sich die widerlegen, die ihre Luftschlöffer für festfundamentiert halten.

Für die Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen ist die nüchterne wirtschaftliche Erwägung Lebensbedingung. Diese aber läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Gegenfälligkeit von Interessen der Arbeiter und der Unternehmer über den Inhalt des Arbeitsvertrages und viele andere Fragen bestehen bleiben wird. Zur Ausprägung dieser Gegensätze ist die Geschlossenheit des Arbeiterwillens und die Vereinigung der Arbeiter in Gewerkschaften unerlässlich. Wer das erkennt, wird alles vermeiden, was die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Frage stellen könnte, deren Bedeutung für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse gar nicht hoch genug gewertet werden kann. Die Einheit der Partei, so sehr ihre Gefährdung auch zu beklagen wäre, würde für die politische Arbeiterbewegung noch immer leichter zu entbehren sein als für die gewerkschaftliche Bewegung. Eine Spaltung in der Partei müßte sich infolge des gemeinsamen Gegensatzes zu den bürgerlichen Parteien über kurz oder lang wieder zusammenschieben. Es ginge dabei zwar manches verloren, aber doch weit weniger, als das bei den Gewerkschaften der Fall wäre. Eine Entzweiigung in den Gewerkschaften würde zu starker innerer Schwächung des gewerkschaftlichen Arbeiterwillens und zugleich zur Stärkung des Unternehmertwillens führen. Da nach dem Kriege zunächst die vor dem Kriege erzielten Errungenschaften zu verteidigen sein werden, wäre nichts verhängnisvoller für die Arbeiter und nichts erwünschter für die Unternehmer als Uneinigkeit und Mißtrauen zwischen den Gewerkschaften.

Alle überflüssigen Erörterungen in der Partei schlagen zur Schädigung der Gewerkschaften aus. Es mag Genossen geben, die gewisse Diskussionen für unausschießbar halten. Wer die Gefahren derselben übersieht, wird anderer Meinung sein. Gewollt oder nicht gewollt würde jede Störung der Einheit dem Sozialismus zugute kommen, der sich soeben in Frankreich weit weniger widerstandsfähig gezeigt hat als die deutschen Gewerkschaften.

Die Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften hat sich in Deutschland als sehr vorteilhaft erwiesen. An ihr wie auch an der einzigen Geschlossenheit bei Wahrung voller Selbständigkeit der Partei und der Gewerkschaften festzuhalten, gebietet uns das Interesse der größten Arbeiterbewegung der Welt, der ein dienendes Glied sein zu dürfen, unser aller Stolz sein soll.

So Genosse Adolf Braun, dessen Ausführungen volle Beherzigung verdienen.

### Soziale Friedensorganisation im Baugewerbe.

„Die Bauwelt“ ist ein kapitalistisches Zeitungsunternehmen des Ullstein-Verlags in Berlin. Sie bringt hin und wieder Artikel, die Arbeiterinteressen berühren und in Arbeiterkreisen bekannt zu werden verdienen. In seiner Nr. 9 vom 4. März d. J. bringt das Blatt unter obiger Stichmarke einen Artikel von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin, den wir unsern Lesern mit der Vorbemerkung hier mitteilen, daß Prof. Dr. Zimmermann natürlich von seinem besonderen Standpunkt und aus der Vogelperspektive urteilt und so zu verschiedenen Schlussfolgerungen kommt, die in Interessententreisen nicht allerwärts geteilt werden dürften.

Es hat in den Kreisen der wirtschaftspolitischen Fachleute und der Sozialreformer einen tiefen Eindruck gemacht — schreibt Professor Dr. Zimmermann — als Ende September 1914 der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin amtlich bekannt gab, daß nach Maßgabe der geltenden Tarifverträge der Stundenlohn aller im Berliner Baugewerbe beschäftigten Arbeiter vom 1. Oktober 1914 an um 2 3 zu erhöhen sei, und daß am 23. Oktober 1914 das Haupttarifamt für das Baugewerbe in Frankfurt a. M. zu mehrtägigen Sitzungen zusammentrat, um 40 verschiedene Auslegungsfragen und Berufungsanträge, die von den Unterinstanzen nicht hatten glatt erledigt werden können, endgültig zu schlichten oder zu entscheiden.

Solches geschah mitten im Krieg, zwei bis drei Monate nach dem Ausbruch der weltgeschichtlichen Kämpfe, die das ganze deutsche Baugewerbe wirtschaftlich schwer erschütterten und etwa 9 bis 10 pSt. der organisierten Bauarbeiter in ziemlich ständiger Arbeitslosigkeit hielten! So festgefügt steht das große, in jahrelanger Arbeit und Erfahrung aufgerichtete Tarifgemeinschaftsgerüst, daß es allen Kriegshürnen auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkte Trotz bietet und daß die durch die Vertragserneuerung vom Mai 1913 vorgeschriebene tarifliche Lohn-erhöhung, während rings die Lohngrundlagen wanken, zilsicher durchgehalten wird. Ja, das Tarifgemeinschaftsprinzip erweist sich als so stark und wetterfest, daß die Angehörigen der Bauwelt und verwandter Gewerbe — 60 000 Arbeitgeber und 1 Million Arbeiter — es als Tragerrüst für die großzügig angelegte und umfassende Kriegsarbeiters-gemeinschaft benutzen, die der Arbeitsbeschaffung und der Aufrechterhaltung gesunder Geschäfts- und Arbeitsbedingungen durch gemeinschaftliche Einwirkung auf die öffentlichen und privaten Bauauftraggeber dienen soll.

Dieses zuverlässige und rasche Zusammenwirken der Arbeitgeberverbände und der Arbeiterorganisationen im Baugewerbe in Tarif- und Arbeitsgemeinschaften auch in Kriegszellen ist das bedeutendste Zeugnis dafür, daß die soziale Verständigung zwischen den beiden organisierten Lagern haben und drüben kräftige Wurzeln geschlagen hat, und daß die konstitutionelle Organisation des sozialen Friedens im Baugewerbe auch bei den schweren Belastungsproben der gegenwärtigen Monate nicht versagt, sondern sogar noch neue schöne Früchte treibt. Das muß die Angehörigen des Baugewerbes, zumal die verantwortlichen Organisationsleiter und auch die sozialpolitischen Beobachter, welche den Grundfay paritätischen kollektiven Verhandels von Organisation zu Organisation als die relativ beste soziale Friedenspolitik seit langem befürworten, naturgemäß mit Genugtuung erfüllen und erweist die Hoffnung, daß auch nach dem Kriege, wenn das gärende Wirtschaftsgetriebe das Baugewerbe in einen aufwärtstreibenden Wirbel reißt, diese Gemeinschaftsorganisation zur Sicherung des sozialen Friedens den dann kommenden Beanspruchungen gewachsen sein wird. Aber die Genugtuung über die Gegenwartserfolge und die frohliche Hoffnung auf künftige Weiterbewahrung dieser sozialen Friedensorganisation dürfen uns nicht blind machen gegenüber etwaigen Schwächen in dem sozialen Verständigungsweben der Bauarbeiter und der Bauarbeiter und überheben uns nicht einer kritischen Prüfung von Reformvorschlägen zur Vervollkommnung ihres Einigungsapparates.

Jeder Kenner der baugewerblichen Arbeitsgeschichte weiß, daß diese Gemeinschaftsordnung des sozialen Friedens langsam und stückweise in schweren Arbeitskämpfen herangereift ist und daß die Kampfspuren dieses bitteren Wachstumsprozesses und die Folgen der ausgefochtenen Machtkämpfe auch in der gegenwärtigen Verfassung der tariflichen Arbeitsgesetze und Verständigungsarrangements noch hier und da störend nachwirken. Der Haupttarifvertrag und die einzelnen Ortstarife sind teilweise Ergebnisse einer notgedrungenen großen Kompromißpolitik, die, von Anfang an schief und unausgeglichen, zu einer harmonischen Arbeits- und Lohnregelung in einzelnen Tarifbezirken nicht recht taugen und beim Ablauf der meist dreijährigen Tarifperioden die in ihnen schlummernden Zerfetzungskeime zur gefährlichen Entfaltung bringen.

„Der große Kampf im Baugewerbe“, der im Jahre 1910 die deutsche Volkswirtschaft an vielen Stellen erschütterte, ist noch in aller Erinnerung; er konnte trotz einer mehr als zehnjährigen systematischen Tarifvertragspolitik der beiderseitigen Organisationsführer, der Bauarbeiter und der Bauarbeiter, nicht verhütet werden, und auch die amtlichen Streitstatistiken der letzten Jahre (für 1914 liegt noch keine vor) zeigen uns immer wieder, daß das Baugewerbe und seine Neben- und Hilfgewerbe mit einigen hundert örtlichen Streiks und Ausperrungen trotz der tariflichen Befriedung noch ziemlich hoch oben in der Liste der Arbeitskämpfe stehen. Nun bezieht allerdings die Streitstatistik die Maler-, Stukkatur-, Dachdecker-, Steinfergergewerbe usw. in die Zahlen für das Maurer- und Zimmergewerbe mit ein, obwohl die Tarifvertragsverfassung letzterer Gewerbebezüge jene Nebengewerbe nicht einheitlich mit beherrscht; für das eigentliche Baugewerbe im engeren Sinne lauten also die Arbeits-

kampfsziffern meist wesentlich geringer; aber völliger Arbeitsriede ist jedenfalls auch hier durch die Tarifverträge und die darauf sich gründenden Schlichtungskommissionen und Tarifämter noch nicht restlos geschafft; vor allem hat noch jede Tarifvertragserneuerung nach Ablauf der alten Vertragsfrist eine Fülle von Beunruhigungen, Reibungen und offenen Zusammenstößen da und dort erzeugt, wie sie in eine vollkommene soziale Friedensorganisation nicht hineinpassen.

Es gilt eben zu bedenken, daß der große Apparat der Tarifvertragschließung und der Schlichtungspraxis noch keineswegs alle Angehörigen der Bauwelt umfaßt, daß noch viele außerhalb der Organisation stehen oder selbst als Mitglieder der Tarifgemeinschaft es mit der Tariftreue noch nicht ernst genug nehmen und die in der Tarifordnung vorhandenen Lücken und Zweifelsstellen in tarifwidrigem Geiste mißbrauchen. So findet sich Bündstoff zu gelegentlichen Arbeitskämpfen an verschiedenen Plätzen, und es fehlt noch oft genug an rasch eingreifenden, geschulten örtlichen Einigungsstellen, diese Zwistigkeiten beim ersten Aufglimmen auszulöschen.

Zwar steht das Baugewerbe (und seine Nebengewerbe) in der Ausstattung seiner Tarifgemeinschaften mit Schlichtungs- und Vermittlungsorganen auf dem deutschen Arbeitsmarkt gleich hinter der klassischen Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, und der stetige Fortschritt der Friedensorganisation ist unübersehbar. Schon um das Jahr 1906/07, für das die erste eingehendere Tarifvertragsstatistik vorliegt, steht weit über ein Drittel (276) der baugewerblichen Tarifgemeinschaften derartige gleichzeitig von Arbeitgebern und Arbeitervertretern besetzte Schlichtungskommissionen vor. Und in dem großen Reigen der 2486 Tarifgemeinschaften, die uns die vorletzte amtliche Tarifvertragsstatistik im Baugewerbe und seinen Nebengewerben für Ende 1912 aufzählt, weisen 1820, darunter 1074 Bezirkstarife und 1 Reichstarif (Isolierer) derartige tarifliche Vermittlungsorgane für Arbeitsstreitigkeiten auf. Die großen Tarifvertragsverhandlungen des Winters und Frühjahrs 1913 haben dann einen weiteren Ausbau des tariflichen Schlichtungs- und Schiedsgerichtswesens angestrebt; kein örtlicher Tarifvertrag für Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer sollte mehr ohne gleichzeitigen Schlichtungsausschuß bleiben, der seine praktische Handhabung erleichtern und überwachen muß. Und in der Tat weist auch die eben erschienene amtliche Tarifvertragsstatistik für 1913 bei den 492 aufgezählten örtlichen Maurer- und Zimmerertarifen ebenso viele Schlichtungskommissionen auf. Aber es ist sehr bezeichnend, daß diese jetzt veröffentlichte Tarifvertragsstatistik für das Ende 1913, also sieben Monate nach den großen Haupttarifverhandlungsabschlüssen vom Mai 1913, erst für knapp 500 Orte und Bezirke die Fertigstellung der Bezirksverträge und der zugehörigen Tarifriedensauschüsse zu melden weiß und durch alle statistischen Tabellen die Anmerkung durchschleppen muß, daß im Baugewerbe eine große Anzahl von örtlichen Tarifvertragsabschlüssen Ende 1913 noch in der Schwebe sei und der endgültigen Genehmigung noch harre; das heißt mit dürren Worten: ein halbes Jahr nach der Vereinbarung des neuen Haupttarifgesetzes für das Baugewerbe herrschte an Hunderten von Bauorten noch keine endgültige Tarifgemeinschaftsordnung und war demgemäß der tarifliche Friedensversicherungssapparat noch nicht vollkommen im Gange.

Das weist natürlich auf gewisse Mängel in der Vertrags- und Einigungsorganisation des Baugewerbes hin, und diese Mängel sind auch von kritischen Kennern verschiedentlich zugegeben worden. Die Mängel liegen natürlich zuerst immer bei den Menschen; denn ideale Tarifanhänger würden auch ohne eine ideale Vertragsverfassung zu einwandfreier Verständigungspraxis kommen. In so mancher örtlichen Gruppe der Bauarbeiter und der Bauarbeiter herrschen nach wie vor feindliche Spannungen und Interessengegensätze, die die Verständigung über die Anpassung des Haupttarifmusters an die örtlichen Verhältnisse erschweren und verschleppen. Auch die Auswahl der sachlich geeigneten Personen zur Befehung der örtlichen Schlichtungsausschüsse wird dadurch gehemmt; manchmal sind auch gerade die bestgeeigneten Arbeitgeberpersönlichkeiten nicht abkömmlich. Die ausgleichende, veröhnliche Wirksamkeit eines neutralen, geschäftlich uninteressierten Vorsitzenden geht den örtlichen Schlichtungsausschüssen des Baugewerbes ganz ab. Die Schwierigkeiten, die sich aus mangelnder Vertretung der Minderheitsorganisationen, der kleineren, am Haupttarifvertrag gleichberechtigt beteiligten Gewerkschaften in den örtlichen Tarifkommissionen ergeben, spielen glücklicherweise im Baugewerbe nicht mehr die Rolle wie in andern Tarifgewerben.

Aber es sind nicht nur örtlich-persönliche Schwierigkeiten, die die tarifliche Friedensverfassung in ihrer praktischen Durchführung hier und da beeinträchtigen. Auch in der Organisation der oberen Instanzen und der zentralen Tarifriedsstelle stören manche Unzulänglichkeiten das glatte Arbeiten der Ausgleichs- und Einigungs-maschinerie. Das Haupttarifamt des Baugewerbes ist zwar durch die Tarifverhandlungen von 1913 etwas ausgestaltet und verbessert worden. Auch haben sich die Arbeitgeber- und Arbeitervertreter damals rasch über die Wahl der drei Unparteiischen und ihres ständigen Vertreters geeinigt und dazu das große Glück gehabt, daß diese vier Herren (Brenner, Rath, v. Schulz und Hiller) sich auch für diese Ehrenämter, die eigentlich einen Beruf für sich ausmachen, zur Verfügung stellen konnten. In früheren Fällen, so namentlich auch bei dem großen Kampf von 1910, hat das Reichsamt des Innern die Unparteiischen bestellen müssen, da sich die Parteien nicht auf drei geeignete und abkömmliche Neutrale einigen konnten.

So herborragende Eignung und Erfahrung aber diese drei Männer auch mit sich bringen, so reicht ihre freie Zeit doch nicht aus, um die Anzahl von Tarifbeschwerden und Auslegungstreitigkeiten, die in den örtlichen Schlichtungskommissionen und den Bezirkstarifämtern trotz oder infolge der Vielgeschäftigkeit einzelner Tarifobmänner nicht erledigt werden können, in kurzer Frist jeweils zu bewältigen. Man muß nur einmal die Zusammenstellung der Entscheidungen des Haupttarifamtes im Baugewerbe durchblättern, um zu ersehen, welche Arbeit dem Spruch-

Kollegium neben den grundsätzlichen, seinem Forum vorbehaltenen Angelegenheiten, die das ganze Vertragsgebiet berühren, von den verschiedenen Tarifämtern zugeschieben wird. Unter der Unmöglichkeit, häufig und lange zu tagen und die Streitfragen schnellstens zu entscheiden, leidet aber nach Ansicht guter praktischer Kenner der Vautarifwelt die ganze Entwicklung der sozialen Verständigungspolitik. Und diese Überlastung der nur nebenamtlich tätigen Tariffchiedsrichter erklärt auch den oben berührten, bedenklichen Vorgang, daß ein halbes Jahr nach dem Haupttarifvertragschluß viele Duzend Bezirksarbeitsverträge ihre endgültige Prüfung und Bestätigung noch nicht erhalten hatten.

Die drei Unparteiischen empfinden diesen, den Verschleppungsfaktoren bei Arbeitsurteilen, gerade willkommenen Zustand selbst am peinlichsten, zumal dann, wenn es sich um große kritische Entscheidungen oder gar um den Abschluß von Tarifveränderungen in der heißen Uebergangszeit vom alten zum neuen Verträge handelt. Woher die Zeit und die Kraft nehmen, im gegebenen Augenblicke nicht nur die Verhandlungen tatfächlich zu lenken, sondern auch den ganzen gewaltigen Tatsachen- und Streitstoff, der in den Berichten der Parteien sich sehr widersprechend spiegelt, zu beherrschen? Im Baugewerbe herrschen infolge der ungleichen örtlichen Machtentwicklung der verschiedenen beteiligten Berufsverbände sehr bunte, noch wenig ausgeglichene und den wirtschaftlichen Konjunktur- und Feuerungsverhältnissen der einzelnen Bezirke oft nur ungenügend angepasste Lohn- und Arbeitszeitbedingungen. Wie sollen die unparteiischen Schiedsrichter, wenn die Parteien sich in ihren tendenziösen Darstellungen und kritischen Beurteilungen der Verhältnisse widersprechen, rasch und zureichend über die Lohn- und Arbeitszeitdifferenzierungen in A. und B. und C. und einem Duzend andern Plätzen entscheiden, wenn ihnen der objektive Tatsachenstoff, die eingehende Statistik, die nicht von den Parteiquellen beeinflusst ist, fehlt? Aus Mangel an genügendem, zuverlässigem Zahlenstoff unparteiischer amtlicher Erhebungen und Berichtsammlungen ist es auch dem bewährten Haupttarifamt des Baugewerbes bisher nicht gelungen, die nötige tarifliche Lohnausgleichung in den wirtschaftlich gleichstehenden Städten durchzuführen.

Zu diesen Schwächen der sozialen Friedensorganisation im Baugewerbe treten noch einige andere, meist überwiegend rechtliche Unzulänglichkeiten. Sie erfordern eine juristische und gesetzgeberische Vervollkommnung des tariflichen Einigungsapparates, die wir bei nächster Gelegenheit an dieser Stelle noch erörtern wollen.

englischen, italienischen, französischen und deutschen Artikeln und Mitteilungen, das Organ der Zimmerer bringt englische, deutsche und französische Beiträge; bei den Schuhmachern kommt außer der englischen nur die französische Sprache zur Geltung. Auch hier nicht genannte Blätter bringen fremdsprachige Beiträge.

Der Inhalt der amerikanischen Gewerkschaftspresse ist sehr verschiedenartig. In der Regel behandeln die Aufsätze Organisationsangelegenheiten, allgemein gewerkschaftliche Angelegenheiten, wirtschaftliche Verhältnisse, Gesetzgebungsfragen, namentlich Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung usw. Politische Beiträge kann man von Zeit zu Zeit in fast jedem amerikanischen Gewerkschaftsblatt finden. Was mit wenigen Ausnahmen streng vermieden wird, sind Artikel oder Mitteilungen, die sich mit parteipolitischen Dingen befassen. Sehr gebräuchlich ist es, Erzählungen in den Gewerkschaftsblättern abzudrucken. Diese Erzählungen sind meist rein unterhaltend, sie haben keinerlei aufklärende Tendenz. Häufig werden auch Gedichte gebracht.

In Hinsicht auf den gegenwärtigen Krieg verhalten sich alle amerikanischen Gewerkschaftsblätter neutral. Es wird für keine der beiden am Krieg beteiligten Staatengruppen Partei ergriffen und mit Entschiedenheit der pazifistische Standpunkt vertreten. Manche Blätter haben es zuwege gebracht, so gut wie gar nichts über diesen Weltkrieg zu schreiben, und zwar aus Rücksicht auf die aus den verschiedenen europäischen Ländern stammenden Mitglieder, deren Sympathien auf Seite der heimischen Politik sein mögen.

Die große Mehrzahl der amerikanischen Gewerkschaftsblätter wurde erst in den Neunzigerjahren und später gegründet. Von den jetzt bestehenden Blättern begannen sechs vor 1880 und fünfzehn zwischen 1880 und 1890 zu erscheinen. Das Organ des Zimmererverbandes, „The Carpenter“, erscheint seit Mai 1881; es besteht also 34 Jahre.

Von den 80 amerikanischen Metallarbeiterverbänden gehen 18 eigene Verbandsorgane heraus. Die Eisenbahner haben insgesamt elf Gewerkschaftszeitschriften, von welchen das Journal der Heizer und Lokomotivführer („Locomotive Firemen and Enginemen's Magazine“) das am besten geleitete ist. Die Zahl der Gewerkschaftsorgane der Bauarbeiter beträgt sieben.

Außer den von Berufs- oder Industrieverbänden herausgegebenen Journalen gibt es in fast allen größeren Städten allgemeine lokale Arbeiterblätter, die gewöhnlich von den Gewerkschaftskartellen als Publikationsorgane benützt und zum Teil finanziell unterstützt werden. Die meisten dieser Blätter sind der Ausstattung wie dem Inhalt nach recht minderwertig und ihr Einfluß in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung ist gering.

## Internationale Nachrichten.

### Die amerikanische Gewerkschaftspresse.

In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es über 160 gewerkschaftliche Arbeiterverbände, die ihre Wirksamkeit auf eine Mehrzahl von Bundesstaaten und teilweise auch auf das benachbarte Kanada, Westindien, Hawaii usw. erstrecken. Aber nur etwa die Hälfte dieser Verbände, nämlich 82, besitzen eigene Organe. Die meisten andern Verbände sind so mitgliederschwach, daß sie sich die Herausgabe eines Verbandsblattes nicht leisten können. Doch befinden sich unter den Verbänden, die kein eigenes Organ besitzen, auch einige recht leistungsfähige, wie zum Beispiel jener der Glasflaschenmacher; diese geben lediglich Finanzberichte und andere offizielle Mitteilungen an die Funktionäre heraus, und zwar gewöhnlich in vierteljährlichen Zeitabschnitten.

Zu den 82 von Verbänden gewisser Arbeiterkategorien herausgegebenen Blättern kommen noch zwei Blätter des Amerikanischen Arbeiterbundes, nämlich der monatlich einmal erscheinende „American Federationist“ und der wöchentlich erscheinende „American Federation of Labor News Letter“ (eine Zeitungskorrespondenz), sowie das Organ der Ritter der Arbeit, „Journal of the Knights of Labor“; diese allgemeine Arbeiterorganisation, die in den Achtzigerjahren die Höhe ihrer Macht erreicht hatte und großen Einfluß besaß, ist seitdem immer mehr zurückgegangen.

Die amerikanischen Gewerkschaftsblätter unterscheiden sich schon äußerlich meist sehr stark von den deutschen oder österreichischen Verbandsorganen. Die Mehrzahl der amerikanischen Blätter erscheinen nämlich in Heften, die 2 bis 10 Bogen Oktavformat stark sind. In der Regel sind diese Hefte illustriert und zwar mit Bildern von Verbandsmitgliedern, die sich nach der guten oder der schlechten Seite hin auszeichnen, mit Abbildungen bedeutender technischer Leistungen der Mitglieder, mit Ansichten von Städten, wo die Verbandstage abgehalten werden, überdies auch mit politischen Karikaturen usw.

Nur neun Verbandsorgane erscheinen wöchentlich, eines erscheint halbmonatlich und die übrigen werden monatlich einmal herausgegeben. Die Wochenblätter haben Zeitungsförmigkeit und sind auch sonst unsern Gewerkschaftsblättern ähnlicher als die Monatsblätter. Die neun Wochenblätter sind: „Bakers Journal“ (Bäcker), „Brewery Workers Journal“ (Brauerarbeiter), „Garment Worker“ (Konfektionskleidermacher), „Ladies' Garment Cutter“ (Damenkleiderzuschneider), „Amalgamated Journal“ (Eisen- und Stahlwerksarbeiter), „United Mine Workers' Journal“ (Kohlenbergarbeiter), „Miners' Magazine“ (Erzbergarbeiter), „Coast Seamen's Journal“ (Seeleute), „The Taylor“ (Maßschneider).

Die Zeitungen der Bäcker und der Brauerarbeiter erscheinen zur Hälfte englisch und zur Hälfte deutsch. Das „United Mine Workers' Journal“ enthält neben dem englischen Text auch Beiträge in italienischer und tschechischer Sprache. Die sechs andern Wochenblätter sind nur englisch. Das zweimal monatlich erscheinende Organ der „Deutscheramerikanischen Typographia“ ist ganz in deutscher Sprache geschrieben. Von den Wochenblättern bringen viele Beiträge in verschiedenen Sprachen. Das „Cigar Makers' Journal“ zum Beispiel enthält neben dem englischen Hauptteil einen fremden Teil in französischer, tschechischer und deutscher Sprache. Das Blatt des Maurerverbandes erscheint mit

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Raffengeschäftliches.

##### Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. März gingen beim Unterzeichneten folgende Beträge für die Hauptkassette ein: Aus Annaburg M 2,30, Bamberg 295,40, Bayreuth 28,80, Weichs 33,70, Berlin 342,75, Borna 95,75, Bonn 130, Brandenburg 150, Bremen 11,50, Castrup 16, Celle 180,80, Chemnitz —35, Köln 810,25, Cöthen 120, Danzig —25, Dresden 500, Eifenach 231,35, Effen 200, Eittingen 120, Frankenthal 40, Frankfurt a. M. 3, Goldberg i. Schl. 13,46, Kahla 97,85, Karlsruhe 170, Laage 176,20, Lamprun 9,80, Lehe-Gesefemünde 200, Leipzig 400, Lindau i. B. 3, Mainz 100, Merseburg 90,65, Norden 60,60, Nördlingen 31,10, Nürnberg 3728,71, Orlan 3,35, Ortrand 7,95, Osterwieck a. S. 33,15, Peiferwisch 30,70, Pödeljuch 26,05, Pödelinghausen 63,10, Remscheid 80,30, Rochlitz 107,37, Sachwitz 25,10, Schönningen 44, Stutgart 1200, Tappan 9,60, Trier 19,55, Waldheim i. S. —20, Walsau i. Schl. 122,12, Ziebingen 9,70; Diverses 44,05, Einzeltzahler der Hauptkassette 78,15, für Inzerate von Privatpersonen 26.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützung gingen ein: Ahrensböden M 70,20, Aken 9, Altdamm 5,25, Altfittenbach 161,55, Alt-Kahlstedt 122,10, Amberg 51,60, Angermünde 14,40, Anklam 14,40, Annaberg-Buchholz 143,70, Annaburg 8,10, Apenrade 18,90, Arnstadt 32,40, Arnswalde 33, Aschaffenburg 10,80, Aue i. Erzgeb. 43,20, Augsburg 26,40, Bad Salzbrunn 63,50, Bad Reichenhall 25,20, Bad Sachsa 55,80, Bartensteine 20,10, Bartenstein 6,30, Barth i. P. 87,30, Bayreuth 117, Bayreuth 34,95, Weichs 48,30, Belgern 15,30, Belgitz 33,75, Bergen a. Rügen 77,40, Berlin 165, Bielefeld 188,40, Bischofswerda 54,15, Blankenburg i. Th. 51,15, Bolkshain 14,85, Borna 21,60, Brandis i. S. 44,40, Braunschweig 250,20, Bremen 340,80, Bremerbörde 7,20, Breslau 436,65, Brieg i. Schl. 10,80, Bromberg 83,70, Brunshaupten 43,05, Bullenhäuser 70,80, Bunsau 48,15, Burg i. Dtm. 16,80, Burg a. Rehm. 39,45, Burg b. Magd. 31,35, Burgstedt 120,75, Bülow 47,25, Calbe 42,30, Camburg 13,50, Cammer 21,60, Cassel 5,40, Celle 22,05, Chemnitz 1341,45, Clöbe 41,40, Coblenz 124,85, Coburg 24,45, Colbitz 17,40, Colmar i. Elz. 15,30, Cravinkel 59,40, Crimmitschau 60, Croffen 84,15, Culmburg 68,40, Curhaven 33, Dahlen 20,10, Danzig 519,30, Dargun 61,95, Darmstadt 42,75, Delitzsch 93,30, Delmenhorst 31,20, Deutsch-Riffa 42,30, Döbeln 121,35, Doberan 43,05, Domschau 30,60, Dortmund 4,95, Driefen 106,05, Eberswalde 24,75, Egeln 3,60, Eggenfurt 32,40, Eilenburg 10,50, Einbeil 34,20, Eifenach 56,40, Eifenberg 51,90, Elbing 200,25, Elmshorn 28,80, Elsterberg 34,35, Elvershausen 84,60, Erfurt 36,45, Effen a. d. R. 6,30, Eutin 56,70, Feldberg i. M. 56,70, Feitersburg 51,20, Fibbichow 7,50, Flensburg 7,20, Flottbeck 95,10, Forchheim 8,10, Förste a. Harz 58,50, Franckenberg 89,85, Franckenhausen —90, Frankfurt a. M. 374,10, Frankfurt a. d. O. 27,75, Freiberg i. S. 92,70, Freiberg i. B. 36,45, Freiberg i. Schl. 41,40, Freiwaldau 42,30, Freisting 12,60, Freyhan

269,70, Frieda i. S. 45, Friedland i. M. 267,60, Friedrichshagen 9, Fulda 5,40, Fürstentum 24,15, Gardelegen 13,50, Genthin 5,40, Gera 157,20, Glauchau 52,95, Glogau 17,10, Gnoien 7,50, Goldberg i. M. 26,10, Goldberg i. Schl. 62,70, Gollnow 128,85, Görlich 20,40, Goslar 13,20, Gottha 53,70, Gottesberg 48,60, Gransee 59,40, Graudenz 7,35, Greifenhagen 37,80, Greifswald 112,95, Greiz 70,05, Grevesmühlen 107,10, Grimma i. S. 129,30, Gröschel-Pegau 14,40, Großenhain 67,20, Groß-Neuendorf 69,60, Großröhrsdorf 86,55, Groß-Wofern 5,40, Groß-Zimmern 84,45, Grünberg i. P. 36,90, Grunberg i. Schl. 34,65, Guben 58,35, Guhrau 18,45, Güglow 31,50, Gadersleben 12,75, Hagen i. P. 25,20, Hainichen 40,50, Hamburg 1936,25, Hannover 401,40, Hahnau 99,30, Heide 10,50, Heilbronn 96,45, Helmbrechts 72,90, Helmstedt 28,75, Herbsleben 65,10, Heringen 119,70, Hilbesheim 31,35, Hirschberg i. Schl. 142,50, Hof 116,10, Hohenfelde 62,55, Holzhausen 22,50, Holzkirchen 64,80, Hundsfeld 16,20, Jena 22,05, Jämenau 15,30, Jngolstadt 12,60, Jnsterburg 58,50, Jzeho 1,20, Jüterbog 69,30, Kahla 36,60, Kaiserlautern 3,60, Kattowitz 134,85, Kaufbeuren 25,20, Kempen 18,90, Kiel 2,40, Klingenthal 130,80, Kolberg 181,20, Kolmar i. P. 53,35, Königsberg i. Pr. 20,40, Königsbrück 70,65, Königsee 18, Königshütte 14,40, Königswusterhausen 10,80, Köslin 18,90, Krazow i. M. 45,15, Kronach 3,60, Krüpfeln 29,85, Kulmbach 78,60, Landeshut i. Schl. 21,60, Landsberg a. d. W. 73,35, Landshut i. P. 105,60, Langenbisslau 99,90, Langenöls 41,40, Langensalza 38,70, Laffan i. P. 37,80, Latowitz 100,80, Lauf 32,40, Lausitz 5,40, Leer i. Ostf. 21,60, Lehe-Gesefemünde 5,40, Leisnig 2767,05, Leisnig 104,40, Lengsfeld i. P. 132,75, Liebenwerda 5,40, Liegnitz 213,75, Löbau 53,10, Lödnitz 37,80, Loitz i. P. 35,70, Lübben-Steinfirchen 18,60, Lübed 132,90, Lübs i. P. 48,60, Lübben i. M. 30, Lübz i. M. 10,80, Lützenwalde 55,20, Lützenfeld 13,80, Ludwigshafen 30,60, Lützen 60,60, Magdeburg 57,60, Mainz 18,90, Mannheim 56,70, Marienburg 4,35, Markflissa 27, Markneufkirchen 63, Marlow i. M. 39,90, Marne 65,85, Meerane 49,65, Meiningen 27, Memel 61,05, Merseburg 4,20, Mey 8,40, Meura 13,05, Meuselbach 22,50, Miesbach 21,60, Mülfitz 202,05, Mirow i. M. 31,50, Mittweida 104,25, Müllau 14,40, Mühlberg a. d. E. 69,60, Mühlhausen i. Th. 59,85, Mühlhausen i. Elz. 187,65, Mühlheim a. R. 10,80, Münschen 1752,15, Naumburg a. d. S. 75,45, Neiße 27,90, Neu-Brandenburg 38,85, Neudamm 34,50, Neugersdorf 46,80, Neuhaus a. d. E. 31,50, Neufalen 41,85, Neumarkt i. Schl. 45,90, Neumünster 24, Neu-Ruppin 87,15, Neustadt a. d. O. 6, Neustettin 56,10, Nimptsch 39,60, Nordhausen 112,05, Northeim 65,70, Nossen 129,30, Nowawes 22,80, Nürnberg 676,05, Ober-Niederneufirch 69,30, Oberrennersdorf 219,75, Ober-Salzbrunn 38,70, Oels i. Schl. 32,40, Oelsnitz 110,70, Olau 26,10, Oldesloe 21,60, Oppeln 12,60, Ostschl. i. S. 28,20, Osterburg 70,20, Paffau 18, Peitz 12,15, Penzlin 144, Pforzheim 40,50, Pinneberg 58,20, Plan i. M. 51,30, Plauen i. P. 423,45, Pödeljuch 33,60, Pöhlitz 27,45, Pöfen 75,30, Pöbmed 58,95, Pöritz 31,50, Rajenburg 27, Rathenow 67,95, Ratzburg 26,40, Regensburg 86,10, Regenwalde 40,95, Rehau 10,80, Reichenau i. S. 92,85, Reichenbach i. Schl. 25,20, Reichenbach i. P. 69,30, Reichenbach 26,70, Reimscheid 6, Ribnitz 43,05, Richenberg i. P. 51,30, Riebel 27, Rochlitz 11,70, Röhrba 55,35, Rostock i. M. 56,40, Roth a. Sand 72,45, Röttha 76,80, Rudolstadt 78, Ruppertsdorf 41,25, Saarlöben 142,20, Sachwitz 13,50, Salungen 37,50, Sand 5,40, Satow i. M. 49,50, Seehausen i. d. Mtm. 79,95, Segeberg 18,90, Seidenberg 54, Selb 66,90, Seiditz 10,80, Seifland 6,90, Sommerfeld 33,60, Sonderburg 5,40, Sonneberg 12,60, Sorau 10,80, Speyer 6,30, Sülze 56,70, Swinemünde 157,50, Sächteubitz 165,30, Schlawa i. P. 18, Schmölln 24,15, Schneidemühl 16,20, Schönberg i. M. 42, Schwaan 5,40, Schwabach 61,20, Schwarta 28,80, Schwarzrabenbach 42, Schwarzrabenbach 59,70, Schwarzenberg 8,10, Schwedt a. d. O. 82,80, Schweidnitz 36,90, Schweinfurt 60,30, Stade 21, Stadthagen 113,40, Stargard i. M. 25,20, Starnberg 14,70, Steinberg 13,50, Stendal 24,75, Stettin 224,25, Stofelndorf 27,60, Stollberg 27,75, Straßburg 63, Strassburg i. Elz. 28,80, Straubing 34,05, Strebla a. d. E. 19,80, Striegau 24,30, Stuttgart 136,20, Tambach 68,40, Tangermünde 27, Tefsin 13,50, Timmenrode 43,20, Tönning 6,30, Torgau 5,40, Torgelow 32,40, Trachenberg 46,80, Traunstein 31,20, Trebnitz 19,80, Treptow a. d. Rega 44,40, Treuen 64,80, Tübingen 23,40, Tutzlingen 16,20, Ueckermünde 43,20, Uelzen 123,90, Ullrich 28,80, Ulfen 5,40, Uitz 1,80, Waldenburg i. S. 9, Waldenburg i. Schl. 17,10, Waldheim 11,40, Wangenfeldt 27, Waren 53,70, Warin i. M. 8,10, Warnemünde 4,20, Webel 50,40, Weida i. Th. 19,35, Weimar 35,70, Werdau i. S. 149,55, Wernigerode 213,30, Wessellburn 5,40, Westerland a. Schl. 68,40, Wiesbaden 93,90, Winfen a. d. Luhe 27,60, Wittenburg i. M. 26,10, Wittingen 91,50, Wolbeck 64,50, Wolgast 18,90, Worms 21,60, Wreschen 30,60, Würzburg 98,40, Wurzen i. S. 73,65, Wüterhausen 10,80, Zarrentin 29,70, Zehdenitz 22,05, Zeitz 45,75, Zerbst 61,05, Zeulenroda 7,20, Zittau 262,20, Zwenkau 64,65, Zwickau 128,85.

Sonstige Belege über der Hauptkasse in Rechnung gestellte Ausgaben gingen über folgende Beträge ein: Aus Bremen M 6, Frankfurt a. M. 336,96, Königsberg i. Pr. 611, Leipzig 85,30, Miesitz 40, Oldesloe 17,60, Segeberg 34,08, Uelzen 9,50, Zittau 17,10.

#### Arbeitslosenunterstützungen

wurden im Februar nach den eingegangenen Quittungen ausbezahlt:

1145 Tage à 30 „	M 343,50
2367 „ à 45 „	1065,15
3281 „ à 60 „	1968,60
3415 „ à 75 „	2561,25
6896 „ à 90 „	6206,40
42 „ à 100 „	42,—
9909 „ à 105 „	10404,45
7083 „ à 120 „	8499,60
4 „ à 125 „	5,—
34142 Tage	M 31095,96

NB. Ueber die Ausgaben für Aussteuerunterstützung wird in der April-Veröffentlichung berichtet.

Vorschüsse zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung wurden in der Zeit vom 1. bis 31. März an nachbenannte Zahlstellen folgende verfaßt: Nach Altfittenbach

M. 175, Altrahstede 75, Amberg 30, Annaberg-Buchholz 100, Bantenburg i. Th. 100, Belgig 50, Bergen a. Nügen 50, Burg a. Fehmarn 50, Bülow 75, Cammer 150, Canth 75, Chemnitz 700, Coblenz 200, Colmar i. E. 50, Craminel 75, Dargun 50, Darmstadt 100, Deckenbach 40, Dießen 40, Doberan 50, Domschau 25, Eichede 50, Einbeck 50, Elbershausen 75, Förste 100, Frankfurt a. M. 500, Freising 75, Freyhan 150, Friedland i. W. 100, Goldberg i. W. 50, Gollnow 100, Greifenhagen 75, Greifswald 125, Grevesmühlen 75, Großbreitenbach 50, Gr.-Neudorf 90, Großenhain 50, Gr.-Wolfern 50, Gültow 50, Haslau 25, Helmbrechts 100, Heringsen 50, Hof i. Bayern 150, Hohenjäger 125, Kaufbeuren 75, Klingenthal 100, Kolberg 350, Kolmar i. P. 75, Königs-Lutter 50, Konig 50, Köslin 50, Laage i. W. 75, Lassa 50, Lauenburg a. d. E. 50, Leisnig 100, Liegnitz 150, Lübs i. P. 50, Lübben 60, Lüneburg 50, Mälän 50, Mühlhof 100, Mühlhausen i. E. 300, München 100, Neubrandenburg 100, Neufalen 75, Nimpfisch 50, Nordgermersleben 40, Nordhausen 200, Northeim 75, Oelsnitz 100, Oppeln 50, Peisterwitz 75, Penig 75, Penzlin 100, Plau 200, Pöckel 50, Regenwalde 75, Reichenbach i. Schl. 50, Reinfeld 75, Rehau 50, Rheinsberg 40, Richtenberg 50, Roth a. Sa. 75, Rothemühl 40, Ruppertsdorf 100, Saarbrücken 100, Sachwitz 25, Sahnitz 50, Satow 75, Selb 100, Speyer 50, Sommerfeld 50, Swinemünde 150, Schwarzenbach 50, Schwenningen 12, Starnberg 75, Steittin 1300, Stöckelsdorf 75, Tangermünde 50, Teterow 75, Tiffit 50, Torgelow 25, Treuen i. B. 25, Waren 100, Westerland a. Schl. 100, Woldegk 150, Zehdenick 50.

NB. In der Februar-Veröffentlichung muß es heißen: Altenburg 250 (anstatt 255), Reichenbach i. W. 100 (anstatt 150), und hinzu kommt: Reichenbach i. Schl. 50.

Adolf Römer, Kassierer.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Bremen und Umgegend.** Eine Konferenz tagte am 21. März im Gewerkschaftshaus. Die Konferenz entsprach einem Beschlusse der letzten Zahlstellenversammlung, wonach der Vorstand an ihn herantretende außerordentliche Fragen in Verbindung mit den Bezirksvertretern regeln soll. Die Tagesordnung lautete: Unterstützung unserer Kriegsfamilien und Erledigungen. Steffen führte zum ersten Punkt aus: Da zu Beginn des Krieges eine starke Arbeitslosigkeit einsetzte, beschloß eine Konferenz, die ausgesteuerten Arbeitslosen noch weitere sechs Wochen aus der Lokalkasse zu unterstützen. Durch die vielen Militärbauten setzte aber bessere Arbeitsgelegenheit ein, auch die weiteren Beschlüsse des Zentralvorstandes kamen den Arbeitslosen mehr zugute, so daß uns aus dem gestrigen Konferenzbeschlusse bisher noch keine allzu großen Ausgaben erwachsen sind. Wenn auch seit Kriegsausbruch erhebliche lokale Mittel für Familienunterstützung ausgegeben wurden, steht unsere Lokalkasse doch so, daß sie vielen an uns gestellten Wünschen Rechnung tragen kann. Voraussetzung dabei aber ist immer eine pünktliche Beitragsleistung. Einige äußere Bezirke sollten dieses mehr als bisher beachten. Da aber heute schon in den Spalten der „Arbeitgeberzeitung“ Stimmung zu machen versucht wird, die einem Stillstand, wenn nicht gar Rückschritt unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen das Wort reden, so muß die Organisation wohl auf der Hut sein, um im entscheidenden Augenblicke gewappnet jedem Angriffe entgegenzutreten zu können, und eine gute Waffe ist stets die volle Kasse. Unfern eingezogenen Mitgliedern wird es in dieser schweren Zeit eine Erleichterung sein, zu wissen, daß die Organisation sich immer wieder ihrer Familien erinnert. Viele, wenn auch leider nicht alle, werden nach Beendigung des Krieges zurückkehren, sich ihrer Organisation wieder anschließen und Schulter an Schulter mit uns kämpfen; Kämpfe freilich anderer, unblutiger Art, als wir sie heute bestehen müssen. Folgender Antrag wurde nach kurzer, lebhafter Debatte einstimmig angenommen: „An die Frauen der Kriegsteilnehmer, deren Männer vor der Mobilmachung bereits Mitglied der Zahlstelle Bremen und Umgegend waren und eingezogen sind resp. bis zum 30. April eingezogen werden, kann in der Zeit vom 12. bis 30. April eine lokale Unterstützung von M. 4 und für jedes Kind unter 14 Jahren M. 1 gewährt werden. Bei Auszahlung der Unterstützung muß das Mitgliedsbuch vorgezeigt werden und in Ordnung sein. In „Geschäftliches“ führte Steffen aus, daß die Mitgliedererhebung auch im zweiten Quartal weitergeführt wird; die Karten sowie die Kassiererkarten der Eingezogenen sind pünktlich einzusenden. Ab 1. April dieses Jahres ist in allen Bezirken eine Lohnserhöhung fällig. Bremen und Brinkum treten ab 1. April in eine höhere Beitragsklasse ein. In den übrigen Bezirken bleibt die alte Beitragsnorm bestehen. Die alten Karten in Bremen und Brinkum werden eingezogen. Für Restwochen müssen die höheren Karten geliebt werden. Die Kassierung schließt mit dem 27. März ab. Für die Abrechnung wird ein neues Formular von Steffen erläutert. In den Bezirken, wo durch Eingehen der Funktionäre Stillstand eintrat, soll eine Aufrüstung in der Form einer Hausagitation stattfinden. Weiter beschloß die Konferenz, die Zahlstellenversammlung im ersten Quartal ausfallen zu lassen. Hierauf erfolgte Schluß der Konferenz. Es fehlten der Revisor Fahland-Bremen entschuldig, Lemmermann-Habenhäusen, Pestrup = Nuchtingen, Schumacher = Oberneuland, Fiden-Scharbeck und Müller-Mahndorf unentschuldig.

**Brieg.** In unserer Mitgliederversammlung am 27. März bei Reichelt entspann sich zuerst eine Diskussion darüber, ob der frühere Sach für Verwaltungskosten auch während der Kriegszeit weiter bestehen bleiben soll. Notwendig machte sich die Erörterung der Frage dadurch, daß der gesamte Vorstand von vornherein zum Heeresdienst eingezogen wurde und in der Folge auch noch der größte Teil der Zahlstellenmitglieder. Dadurch haben sich auch die Einnahmen der Zahlstelle sehr verringert. Es kommt noch hinzu, daß am Orte selbst sehr wenig Beschäftigung für unsere Kameraden vorhanden ist. Die Versammlung kam zu dem Beschluß, daß, solange der Krieg dauert, der Zahlstellenkassierer die Geschäfte zu führen hat. Für seine Vühwaltung erhält er vierteljährlich M. 18. Die Abstempling in Verbuch hat während des Krieges zu unterbleiben. Auch wird die Kolportageentschädigung für Brieg solange eingestellt. Zur Beitragsleistung beschloß die Versammlung, den früheren Beitrag beizubehalten, daß aber

für diejenigen Kameraden, die in den Fabriken arbeiten und sehr wenig verdienen, der Kriegsbeitrag angebracht erscheine. Beim Zimmermeister Richter, wo für die Heeresverwaltung eine größere Anzahl Munitionswagen angefertigt wird, sind arbeitslose Maurer, Maler, Hilfsarbeiter, Tischler sowie auch einige unserer Kameraden beschäftigt; letztere sind jedoch in der Minderheit. Bei dieser Arbeit werden sehr viel Ueberstunden gemacht, trotzdem noch viele Mitglieder arbeitslos sind. Die Versammlung sprach hierüber ihre Mißbilligung aus, doch wurde beschlossen, nichts zu unternehmen, weil die Arbeiter der andern Berufe überwiegen und diese sich um nichts kümmern. Weiter beschloß die Versammlung, falls zum 1. April bei einigen Unternehmern die tarifliche Lohnzulage nicht erfolgen sollte, sofort der Gauleitung hiervon Meldung zu machen. Hierauf wurde die den Verhältnissen entsprechend gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Sterbetafel.**

**Bamberg.** Am 17. März starb nach langem Leiden Kamerad Franz Ziegler an der Proletarierkrankheit.

**Baugewerbliches.**

**Die Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe in Chemnitz** will durch Beschaffung von Arbeit das durch den Krieg daniederliegende Gewerbe heben und damit die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Sie wendet sich mit nachstehender Zuschrift an die Presse:

Aus einer Umfrage des Landesauschusses der Kriegsarbeitsgemeinschaft in Sachsen bei allen Behörden, die Baugenehmigungen erteilen, konnte als Ergebnis festgestellt werden, daß schon in den Jahren 1912 und 1913 das Baugewerbe nicht voll beschäftigt war, daß in fast allen Teilen des Landes das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage überstieg. Im zweiten Halbjahr 1914 ist in Sachsen die Bautätigkeit weiter beträchtlich eingeschränkt worden. Die Zahl der in dieser Zeitspanne genehmigten Bauten sank auf 26 pzt. des Normalen, dabei ist noch zu beachten, daß die staatliche Bautätigkeit sich in den Grenzen hielt, in denen sie vor Kriegsausbruch sich bewegte. Die Privatbautätigkeit liegt seit Beginn des Krieges fast gänzlich danieder.

Wenn nun die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht die schlimmsten Folgen für dieses haben soll, ist es notwendig, daß mehr Bauarbeit geschaffen wird. Die Kriegsarbeitsgemeinschaft hat darum an die staatlichen und an die Gemeindebehörden in der Kreishauptmannschaft eine Eingabe gerichtet, in der diese Instanzen auf die Not des Gewerbes aufmerksam gemacht und gebeten werden, dem Problem der Arbeitsbeschaffung für dasselbe mehr Beachtung zu schenken.

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft liegt es mehr im Interesse von Staat und Gemeinde, durch baldige Inangriffnahme von Bauarbeiten, auch solcher, die augenblicklich noch nicht dringendes Bedürfnis wären, den Arbeitslosen in der Kriegszeit Gelegenheit zum Verdienen zu geben, als diese mit Arbeitslosenunterstützung zu bedenken. Die Werte schaffende Arbeit bietet für alle größeren Vorteil als die nur zehrende Unterstützung.

**Kriegspreise**, die wesentlich höher sind als die vertraglich festgesetzten, hat der Verband der Baugeschäfte Groß-Berlins einseitig festgesetzt. Die „Berliner Volkszeitung“ verteidigt dieses Vorgehen wie folgt: „Die Wirkungen des Krieges machen sich besonders unangenehm fühlbar für die Baugeschäfte, die durch früher abgeschlossene Verträge daran gehindert sind, ihre Preise entsprechend den gesteigerten Betriebskosten zu erhöhen. Die Baustoffe sind erheblich im Preise gestiegen und noch größer ist die Steigerung der Fuhrlöhne. Die Baukosten erhöhen sich weiter dadurch, daß jetzt die Bauarbeiter nicht dieselbe Leistungsfähigkeit besitzen wie die zum Heere einberufenen kräftigen Leute. Die Baugeschäfte sind aber durch Verträge, die unter ganz andern Voraussetzungen vor dem Kriege abgeschlossen wurden, an die damals vereinbarten Preise gebunden. Der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte richtet in einem Rundschreiben an die Bauherren, vor allem an die Behörden die Bitte, sie möchten der Notlage des Baugewerbes Rechnung tragen und mit Rücksicht auf die gesteigerten Betriebskosten einen Aufschlag auf die vertraglich vereinbarten Preise gewähren.“

Auch die „Berliner Börzenzeitung“ schreibt: „In seiner letzten Sitzung hat der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin den Beschluß gefaßt, auch trotz des Kriegszustandes unverzüglich für eine wesentliche Erhöhung der vereinbarten Preise zugunsten der Baugeschäfte einzutreten. Dieser Beschluß hat in den interessierten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt; denn er setzt sich in Widerspruch zu dem Rechtsgrundsatze, daß Verträge auch im Kriege zu erfüllen sind, vorausgesetzt, daß nicht das bürgerliche Recht anders darüber bestimmt. Der Verband hält aber dessenungeachtet diese Bestrebungen für begründet und im Hinblick auf die wesentliche Verteuerung der Baustoffe, Erhöhung der Fuhrlöhne und geringere Leistungsfähigkeit der in Kriegszeit zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte auch für gerechtfertigt.“

Was würden diese Blätter wohl schreiben, wenn die Arbeiter einen Kriegsaufschlag verlangten?

**Der russische Holzhandel und der Krieg.** Ein außerordentlicher Kongreß der russischen Bauholzindustrie fand in Petersburg statt, auf dem auch ein ausführlicher Bericht über die Lage der Industrie erstattet wurde. „Nowoje Wremja“ bringt davon einen Auszug. Der jährliche Umsatz im Bauholzhandel belief sich vor dem Krieg für ganz Rußland auf nicht weniger als 600 Millionen Rubel, wovon auf den auswärtigen Handel 160 Millionen Rubel entfielen. Diese Industrie leidet sehr unter dem Krieg; infolge der Abnahme der Bautätigkeit und aus andern Gründen verminderte sich der Umsatz im inneren Holzhandel für die Monate August-Dezember um 30 pzt., im auswärtigen Handel infolge Schließung der Grenzen um 85 pzt. Für 1915 ist eine noch größere Umsatzverfäzrung zu erwarten.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Der Bauarbeiterverband** veröffentlicht in Nr. 14 des „Grundstein“ seine Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahme des Verbandes belief sich auf M. 8 027 565,37; davon kommen auf die Hauptkasse M. 6 108 985,04, auf die Lokalkassen M. 1 918 580,33. Die Gesamtausgabe beträgt M. 8 765 298,98, wovon auf die Hauptkasse M. 6 521 285,59 entfallen und auf die Lokalkassen M. 2 244 013,39. Danach übersteigt die Ausgabe der Hauptkasse ihre Einnahme um M. 412 300,55, und die Lokalkassen um M. 325 433,06 mehr aus, als sie einnahmen. Die Notstandsunterstützung während der Kriegszeit kostete den Verband M. 1 880 455,48, die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer M. 1 981 295,61. Das Verbandsvermögen stellte sich am Jahresschluß auf M. 17 573 253,68. Davon kommen auf die Hauptkasse M. 15 264 500, auf die Lokalkassen M. 2 298 080,59 und auf die Bezirkskassen M. 12 664,09.

Der Mitgliederbestand hat, hauptsächlich infolge des Krieges, einen erheblichen Rückgang erfahren. Am Jahreschluß 1913 zählte der Verband 310 444 Mitglieder; am Schluß des Berichtsjahres 152 622, oder 157 822 weniger. Vor Ausbruch des Krieges, am Schluß des zweiten Quartals 1914, betrug der Mitgliederbestand 309 562. Die Abnahme belief sich im dritten Quartal auf 128 178, im vierten Quartal auf 18 764. Der Mitgliederverlust seit Ausbruch des Krieges beträgt somit 156 940. Davon sind nach den Angaben des Verbandsvorstandes bis Jahreschluß rund 100 000 zum Kriege abgemeldet. Ueber den Verbleib der restlichen 56 940 liegen Angaben nicht vor, doch wird angenommen, daß ein Teil davon ebenfalls Kriegsbeziehungsweise Arbeitsdienste für die Heeresverwaltung leistet.

**Versammlungsanzeiger.**

**Dienstag, den 13. April:**

**Löbau:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Th. Heinrich, Schulgasse. — **Potsdam:** Abends 8 Uhr bei Max Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Strasse 38. — **Senftenberg:** Abends 7½ Uhr bei Schönert in Jüttendorf.

**Freitag, den 16. April:**

**Cassel:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17.

**Sonnabend, den 17. April:**

**Coswig:** Abends 8½ Uhr im Volkshaus.

**Sonntag, den 18. April:**

**Mühlberg a. d. E.:** Nachm. 2½ Uhr im „Preussischen Hof“. — **Spandau:** Vorm. 9½ Uhr bei Emil Köpnic, Pichelsdorfer Straße 89.

**Anzeigen.**

**Zahlstelle Elbing.**

Der jetzige Kassierer [M. 150] Gustav Mattern wohnt Blumenstraße 9.

**Verkehrslokale, Herbergen usw.**

- (Zahresinhalte unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M. 8, jede weitere Zeile A V mehr. Freielegemulare werden nicht verabsolgt.)
- Berlin.** Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen für Berlin und Umg., SO, Engelauer 35, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Wortplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
  - Chemnitz.** Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kosloffem“, Zwidauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 15. Herberge des Verkehrslokale: Volkshaus und „Flauensche Bierhalle“, Gainsfr. 41. Zureitende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umziehen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachmitt. 5—7½ Uhr.
  - Dortmund.** Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Bessingstraße 32. Zureitende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umgang verboten.
  - Essen.** Bureau der Zahlstelle: Restaurant Groß-Essen, Steelerstr. 17, 2. Et., Zimmer 3. Geöffnet abends von 7 bis 8 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 Uhr vormittags. Zureitende Kameraden haben sich dort zu melden. Arbeit wird auf dem Bureau nachgesehen. Umschauen ohne Wissen der Zahlstellenleitung verboten. Verkehrs- und Versammlungslokal ebenfalls.
  - Hamburg.** Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Wesenbinderhof 57/60, 2. Et., Zimmer 2. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend, sind hier zu melden. Zureitende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiserverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabsolgt.
  - Hamburg-Altona.** Das Verkehrslokal für den Bez. 16 befindet sich bei Julius Bod, Bürgerstr. 51/52. Teleph.: Gr. V, 3833. Zusammenkunft: Jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr.
  - Hamburg-Elbe, Hohenfelde.** Verkehrslokal bei Herrn. Beer, Wandbecker Chaussee 128. Telefon: Gr. 4, 5501. Jeden zweiten Montag im Monat Zusammenkunft.
  - Hamburg-Gimsbüttel.** Albert Semde, Verkehrslokal, BelleAlliancestr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentralkrankenkasse. Telefon: Gr. 6, 2782.
  - Hamburg-Ottensen.** Bezirk 17. Verkehrslokal bei S. Sedorn, Bahnenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr.
  - Hamburg-Rothensort.** Bezirk 6. Verkehrslokal bei S. Bruger, Strosenstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen.
  - Hamburg-Wedel.** Bezirk 5. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Weddeler Marktplatz 4. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Bruger, Hohenburgsort.
  - Kiel.** Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fahrstr. 24, 2. Et. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureitende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat.
  - München.** Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stock. Telefon 61 030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Arbeitslosenmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Restunterstützung: von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.
  - Wühelmschaben u. Umg.** Bureau: Rüstringen, Rüstringer Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sobowasser. — Bezirk Barel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.